

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen stärken**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Bezeichnung Verpflichtende Transferleistungen
Produktnummer 023 Bezeichnung Familienplanung Sexualberatung Schwangeren- und Schwangerenkonfliktberatung

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	11.800.000	5.000.000	16.800.000

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	12.225.000	4.200.000	16.425.000
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen leisten tagtäglich einen essenziellen Beitrag zur Sicherstellung der reproduktiven Gesundheitsvorsorge in ihrer ganzen Breite. Gleichzeitig kämpfen viele von ihnen seit geraumer Zeit mit steigenden Anforderungen und finanziellen Engpässen, die sich insbesondere auf die seit Jahren zu gering bemessenen Verwaltungspauschalen sowie nicht-gewährten Tarifbestandteile und der betrieblichen Altersversorgung ergeben.

Diese Unterfinanzierung muss endlich beendet werden. Personalstellen sollen tarifgemäß und mit 100 Prozent finanziert werden, damit nicht länger Kuchenbasare zur Absicherung reproduktiver Gerechtigkeit beitragen müssen. Zudem sollen Ärztinnen und Ärzte mit ihren Beratungsleistungen zukünftig nicht mehr auf den Versorgungsauftrag angerechnet werden, weshalb insgesamt 30 Vollzeitäquivalente zusätzlich zugunsten der Schwangerschaftsberatungsstellen anzuerkennen und finanziell abzusichern sind. Weiterhin sollen anerkannte Ärztinnen und Ärzte die Schwangerschaftskonfliktberatung durchführen und Beratungsscheine ausstellen können.

Hinzukommen die inflationsbedingten Kosten, insbesondere für Energiekostensteigerungen im Jahr 2023 (+800.000 Euro).

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske